

Niederschrift
der 04. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 09.03.2017
Beginn: 17:00 Uhr
Ende 17:45 Uhr
Raum: Hansestadt Stralsund, Rathaus Konferenzsaal

Anwesend:

Vorsitzende/r

Herr Hendrik Lastovka

stellv. Vorsitzende/r

Herr Thomas Lewing

Mitglieder

Herr Prof. Dr. Rupert Eilsberger

Herr Jan Gottschling

Herr André Meißner

Herr Jürgen Suhr

Vertreter

Herr Mathias Miseler

Herr Gerd Tiede

Vertretung für Herrn Peter van Slooten

Vertretung für Herrn Thomas Haack

Protokollführer

Frau Gabriele Kruske

von der Verwaltung

Herr Stephan Bogusch

Frau Kirstin Gessert

Gäste

Herr Peter Mühle

Herr Carsten Schwarzlose

Herr Mario Nagel

Tagesordnung:

- 1** Bestätigung der Tagesordnung
- 2** Bestätigung der Niederschrift der 03. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung vom 16.02.2017
- 3** Beratung zu Beschlussvorlagen
- 3.1** Beschluss über die Aufnahme von Verhandlungen mit der Gemeinde Kramerhof zum Abschluss eines Gebietsänderungsvertrages
Vorlage: B 0060/2016
- 3.2** Benennung von Straßen in der Hansestadt Stralsund
Vorlage: B 0009/2017
- 4** Beratung zu aktuellen Themen
- 4.1** Zugang zum südlichen Teil des Strandbades
- 5** Verschiedenes
- 9** Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen aus dem nichtöffentlichen Teil

Einleitung:

Von 9 Mitgliedern des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung sind 8 Mitglieder anwesend, womit die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Die Sitzung wird durch den Ausschussvorsitzenden geleitet.

Es erfolgt eine Tonträgeraufzeichnung.

zu 1 Bestätigung der Tagesordnung

Die Tagesordnung wird ohne Änderungen / Ergänzungen zur Kenntnis genommen.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 2 Bestätigung der Niederschrift der 03. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung vom 16.02.2017

Herr Meißner merkt an, dass in der Niederschrift der 03. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung vom 16.02.2017 auf Seite 5 eine Korrektur vorzunehmen ist. Der Satz „Herr Meißner befürwortet die Kooperation der Hansestadt Stralsund mit der Hochschule und die damit verbundene Form der CO²-Bilanzierung.“, ist durch den Satz „Herr Meißner befürwortet das Vorgehen der Verwaltung ohne die Kooperation der Hansestadt Stralsund mit der Hochschule und die damit verbundene Form der CO²-Bilanzierung.“ zu ersetzen.

Die Niederschrift der 03. Sitzung des Ausschusses für Bau, Umwelt und Stadtentwicklung vom 16.02.2017 wird mit der genannten Änderung bestätigt.

Abstimmung: 6 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 2 Stimmenthaltungen

zu 3 Beratung zu Beschlussvorlagen

zu 3.1 Beschluss über die Aufnahme von Verhandlungen mit der Gemeinde Kramerhof zum Abschluss eines Gebietsänderungsvertrages Vorlage: B 0060/2016

Frau Gessert erläutert, dass die Möglichkeiten einer gesetzlichen Erweiterung des Stadtgebiets der Hansestadt Stralsund ausgeschöpft sind. Lediglich durch freiwillige Verhandlungen mit den Umlandgemeinden könnten Änderungen erreicht werden.

Sondierungsgespräche mit der Gemeinde Kramerhof verlaufen nach Aussage von Frau Gessert vielversprechend. Gegenstand sind hierbei Flächen im Umfeld des HanseDoms, die bereits in städtische Einrichtungen eingebunden sind. Zudem gehe es um Teile des Grünhofer Bogens, des Zoos und der Kleingartenanlagen sowie die Fläche, auf der die

Stralsunder Stadthalle geplant war, und das Gebiet, auf dem das Vorhaben Renaturierung Mühlengraben durchgeführt wurde. Im Übrigen erläutert Frau Gessert die Hintergründe sowie die rechtlichen Grundlagen, auf die sich die Verhandlungen des Oberbürgermeisters stützen würden.

Der Ausschussvorsitzende bedankt sich für die Ausführungen von Frau Gessert und fasst den zu beratenden Inhalt der Vorlage zusammen.

Herr Prof. Dr. Eilsberger erkundigt sich nach den Erfolgsaussichten der Verhandlungen und ob mit Blick auf den Strelapark Überlegungen im Raum stünden, wonach sich auch dieses Gebiet an die Hansestadt binden ließe.

Frau Gessert weist darauf hin, dass die zur Verhandlung stehenden Flächen für die Entwicklung der Gemeinde Kramerhof nicht von ausschlaggebender Bedeutung sind. Eine gute Basis der Verständigung sei somit gegeben. Der Strelapark ist jedoch aktuell nicht Bestandteil der Flächenkulisse und demzufolge auch nicht Verhandlungsgegenstand.

Herr Suhr hinterfragt die zurückliegenden Verhandlungen um das Gebiet der geplanten Stadthalle und ob in diesem Zusammenhang bereits Gespräche um einen Gebietszuwachs geführt wurden. Des Weiteren sei von Interesse, ob eine Erweiterung des Strelaparks wieder Gesprächsgegenstand werde, zumal nach der Realisierung des Quartiers 17 diese Frage erneut gestellt werden könnte.

Frau Gessert berichtet, dass im Jahr 1997 der erfolglose Versuch unternommen wurde, die gesamte Gemeinde Kramerhof in das Stadtgebiet einzugliedern. Im Rahmen der Planung um den Bau der Stadthalle sei eine Gebietserweiterung der Hansestadt Stralsund jedoch kein Thema gewesen. Mit Blick auf den Strelapark verweist Frau Gessert auf die Bestimmung durch die Bürgerschaft: Eine ablehnende Stellungnahme wurde unter dem Vorbehalt einer neuen Beurteilungsgrundlage beschlossen.

Das regionale Einzelhandelsentwicklungskonzept für den Stadtumlandraum bilde weiterführend eine entsprechende Grundlage für die Beratung weiterer Entwicklungsoptionen des Strelaparks. Es komme erschwerend hinzu, dass das Land in der Vergangenheit bereits gegen die Planung der Erweiterung des Strelaparks geklagt habe. Im Jahr 2010 erklärte das oberste Verwaltungsgericht die beiden bis dahin bestehenden B-Pläne des Strelaparks für nichtig. Hintergrund ist die Verletzung landesplanerischer Vorgaben, wodurch sich eine planungsrechtliche Frage der Entwicklungsgrundlage stelle. Zudem erfolgte im Jahr 2011 eine Bestätigung der Rechtmäßigkeit der landesplanerischen Vorgaben durch das Bundesverwaltungsgericht. Die Verwaltung sehe daher in dem geplanten Einzelhandelsentwicklungskonzept einen kooperativen sowie integrativen Arbeitsprozess, so Frau Gessert abschließend.

Die Vorlage „Beschluss über die Aufnahme von Verhandlungen mit der Gemeinde Kramerhof zum Abschluss eines Gebietsänderungsvertrages“ wird durch den Ausschussvorsitzenden zur Abstimmung gestellt.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0060/2016 gemäß Beschlussempfehlung zu beschließen.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 3.2 Benennung von Straßen in der Hansestadt Stralsund Vorlage: B 0009/2017

Herr Bogusch erläutert zusammenfassend die geplante Namensgebung zweier neuer Straßen.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Vorlage zur Abstimmung.

Der Ausschuss empfiehlt der Bürgerschaft, die Vorlage B 0009/2017 gemäß Beschlussempfehlung zu beschließen.

Abstimmung: 8 Zustimmungen 0 Gegenstimmen 0 Stimmenthaltungen

zu 4 Beratung zu aktuellen Themen

zu 4.1 Zugang zum südlichen Teil des Strandbades

Der Ausschussvorsitzende weist darauf hin, dass über einen Brief von Stralsunder Bürgern das Anlegen eines Strandes ähnlich dem nördlichen Abschnitt der Sundpromenade angeregt wurde. Dieser Vorschlag wurde als Alternative zur Installation einer neuen Spundwand unterbreitet. Zu diesem Thema wird Herr Bogusch von der städtischen Verwaltung begrüßt, der den aktuellen Planungsstand zum Strandbad präsentiert.

Herr Bogusch berichtet von der zurückliegenden Entwicklungsstudie zur Sundpromenade, die im Jahr 2004 von der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund beschlossen wurde. In ihr wurden die Grundzüge der Strandbadgestaltung erarbeitet, die sowohl die Sundpromenade als auch den Bereich des alten Strandbades bis hin zum Auslaufpanzergraben mit einschließen. Laut Studie unterteilt sich der Strand in das Strandbad (ehem. Freibad) und in einen Freizeitbereich (ehem. Seebadeanstalt). Für letzteren Bereich ist eine neue Spundwand vorgesehen. Laut Gutachter bestehe mit der Spundwand durch die Begrenzung des Abschnitts, an dem das Wasser die Küste angreifen kann, ein zusätzlicher Schutz.

Herr Bogusch stellt das ausgearbeitete Gesamtkonzept, das die Errichtung der neuen Spundwand, die geplante Stegerneuerung sowie die Weg- und Freiflächengestaltung beinhaltet, vor. Die veranschlagten Kosten liegen bei 8 Mio. Euro. Der Plan sieht eine schrittweise Umsetzung von drei Teilobjekten vor:

1. Spundwaderneuerung und Errichtung des Weges

Planungsstand zum 1. Teilobjekt mit einem Kostenpunkt von 3 Mio. Euro:

- südliches Lindenrondell mit Zugang zum Strand und neuer Fahrradabstellanlage
- Sitztreppe am Wasser
- Fitnessparcour (nach Rücksprache mit der Seniorenakademie)
- Weg an Uferkante ausschließlich für Fußgänger
- voraussichtlich 90prozentige Förderung
- wahrscheinlich europaweite Ausschreibung erforderlich (hierdurch könnte sich der geplante Baubeginn im Herbst 2017 nach hinten verlagern)

2. Erneuerung der Steganlage

3. Gestaltung des Freizeitbereichs

Herr Lastovka erkundigt sich mit Blick auf den Bürgerbrief nach einer möglichen Verbreiterung des Weges und einer damit verbundenen Abflachung des dahinter liegenden Erdwalls.

Herr Bogusch weist darauf hin, dass es sich bei dem angesprochenen Trampelpfad offiziell um einen abgesperrten Bereich handelt. Der geplante Weg in dem vorliegenden Konzept soll dem entgegenkommen. Eine Abtragung des Erdwalls sei nicht geplant.

Herr Lastovka interessiert sich für die entstandenen Sturmschäden im Bereich Spundwand und hinterfragt in diesem Zusammenhang, ob größere Abtragungen an dem Teil der Sundpromenade zu verzeichnen waren, wo kein Schutz durch die Spundwand gegeben war.

Herr Bogusch berichtet, dass die Hansestadt Stralsund im Vergleich zu anderen Küstenregionen keine größeren Abtragungen zu verzeichnen hatte.

Herr Gottschling hält resümierend fest, dass eine Entfernung der Spundwand eine dauerhafte Neuaufschüttung des Strandes für die Hansestadt Stralsund bedeuten würde.

Herr Bogusch bestätigt, dass ein Strand anstelle einer Spundwand einen bedeutend höheren Unterhaltungsaufwand mit sich bringe. Zudem sei keinerlei Kostenersparnis durch den Verzicht auf eine Spundwand zu erwarten.

Der Ausschussvorsitzende bittet abschließend um die Bereitstellung der Planungsunterlagen per E-Mail an den Ausschuss, um sie dann auch den Fraktionen zur Verfügung zu stellen.

An die Petenten ist eine Information über das Beratungsergebnis zu senden. Eine Kopie ist an den Präsidenten der Bürgerschaft der Hansestadt Stralsund zu reichen.

zu 5 **Verschiedenes**

Herr Lewing stellt Herrn Nagel als Anwohner am Bahnweg und Gast der heutigen Ausschusssitzung vor. Herr Lewing beantragt Rederecht für Herrn Nagel, da dieser mit seinem Anliegen bei der städtischen Verwaltung kein Gehör fand.

Der Ausschussvorsitzende stellt den Antrag auf Rederecht für Herrn Nagel zur Abstimmung.

Herrn Nagel wird das Rederecht *einstimmig* gewährt.

Herr Nagel berichtet, dass der Bahnweg seit längerer Zeit keine Einbahnstraße mehr sei.

Herr Lewing führt aus, in welcher Form der Bahnweg in das städtische Straßennetz eingebunden ist.

Herr Nagel beklagt ein zu hohes Verkehrsaufkommen. Die derzeit durch den Bahnweg geführte Umleitung habe zudem einen nicht tragbaren Zustand mit wackelnden Fensterscheiben nach sich gezogen. Eine Nutzung der Straße durch Lkw sei nicht nachvollziehbar. Herr Nagel äußert daher die Bitte, man möge die Beschilderung neu überdenken. Es gebe zudem weder einen Fuß- noch einen Radweg, was wiederum seit Auflösung der Einbahnstraße be-

sonders für die Kinder und den Schulbesuch ein großes Problem darstelle. Eine alternative Umleitung sei mit einer Minute zusätzlicher Fahrzeit sehr leicht umzusetzen.

Der Ausschussvorsitzende hält fest, dass das Thema für die nächste Ausschusssitzung auf die Tagesordnung gesetzt wird.

Herr Suhr erkundigt sich nach den Baumfällungsmaßnahmen im Bereich Knieperdamm 2-4 / Bürgergarten und bittet ebenfalls um eine Beantwortung durch die Verwaltung innerhalb der nächsten Sitzung.

Herr Prof. Dr. Eilsberger möchte wissen, ob der Gestaltungsbeirat abgeschafft werden soll.

Herrn Lastovka ist von derartigen Plänen nichts bekannt.

Es erfolgt der Ausschuss der Öffentlichkeit.

**zu 9 Wiederherstellung der Öffentlichkeit und Bekanntgabe von Empfehlungen
aus dem nichtöffentlichen Teil**

Der Ausschussvorsitzende Herr Lastovka stellt die Öffentlichkeit wieder her und gibt die Ergebnisse aus dem nichtöffentlichen Teil der Sitzung bekannt.

gez. Hendrik Lastovka
Vorsitzender

gez. Gabriele Kruske
Protokollführung